

DEMO

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR
KOMMUNALPOLITIK

DEMO 07/08 2017
32 Seiten in
der Heftmitte



Kultur in den Kommunen
Starker Auftritt

Keine Wolkenkuckucksheime

Wir brauchen eine verlässliche Politik für Städte, Gemeinden und Kreise

Das Sommerinterview mit **Frank Baranowski**, Vorsitzender der SGK NRW und Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen



Seit dem 14. Mai 2017 wissen wir, dass NRW in den nächsten fünf Jahren nicht mehr von einer SPD-Regierung geführt wird. Die rot-grüne Landesregierung war ein verlässlicher Partner für die Kommunen und hat in den vergangenen Jahren viel für die Städte und Gemeinden im Land getan. Die SGK NRW sprach mit Frank Baranowski über den schwarz-gelben Koalitionsvertrag und was dieser für die Kommunen bedeutet. Für Frank Baranowski ist diese Koalition eine Kuckucks-Koalition.



© Dirk Bleicker

zierung dieser Versprechen nicht Teil des Koalitionsvertrags sind.

Immerhin können CDU und FDP dem SPD-Finanzminister mehr als dankbar sein. Er hat ihnen ein gut bestelltes Feld für die Finanzierung so mancher Versprechung überlassen. Trotzdem: Das Geld wird nicht für alle Versprechen reichen. Und das wissen auch CDU und FDP. Es wird darauf ankommen, darauf zu achten, dass am Ende nicht wieder nur reine Klientelpolitik von den Herren Laschet und Lindner betrieben wird.

Was ist das bestimmende Thema des Koalitionsvertrages?

Der Haupttenor lautet: Privat vor Staat! Damit knüpfen sie an ihre Regierungszeit von 2005-2010 an und richten das Visier auf unsere Stadtwerke. Hier machen sie sich zum Büttel interessierter Kreise. In einer Zeit, in der die wirtschaftliche Betätigung von Städ-

ten, Gemeinden und Kreisen ohnehin schon kompliziert ist, bliebe für die Kommunen nur noch der unwirtschaftliche Rest! Gewinne werden dann woanders gemacht und der Gebührenzahler wird belastet. Zudem will die Kuckucks-Koalition die Aufsicht über wirtschaftliche Betätigungen von Kommunen verschärfen.

Die SGK NRW lehnt dieses Vorgehen ab. Die Kommunen vor Ort sind für die öffentliche Daseinsvorsorge zuständig. Es gibt leider zu viele Negativ-Beispiele, die belegen, dass wir eine leistungsfähige kommunale Daseinsvorsorge brauchen. Für die Versorgung der Menschen vor Ort mit Wasser und Strom und auch mit vielen weiteren infrastrukturellen und kulturellen Einrichtungen müssen weiterhin kommunale Unternehmen zuständig sein.

Die SGK NRW fordert seit langer Zeit einen sozialen Arbeitsmarkt. Wie sieht die Zukunft für die Langzeitarbeitslosen in NRW aus?

Der Koalitionsvertrag verheißt in dieser Hinsicht nichts Gutes. In dem Papier finden sich nur äußerst dünne Ankündigungen und Prüfaufträge. Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wird in den nächsten fünf Jahren nicht das bestimmende Thema in NRW sein. Wir müssen uns deshalb auf eine neue soziale Kaltfront einrichten. Umso

mehr müssen wir in der Lage sein, die neue Regierung mit derartigen wichtigen gesellschaftlichen Themen zu fordern.

Ein beherrschendes Wahlkampfthema war das Thema Bildung. Welche Ziele werden hier von CDU und FDP angestrebt?

Die schwarz-gelbe Koalition verspricht in ihrem Koalitionsvertrag, dass mehr Lehrerstellen eingerich-

ter Lehrerstellen geschaffen werden. Gleiches gilt für die Berufsschulen in NRW. Auch die schwarz-gelbe Forderung nach kleineren Klassen sowie das Ziel, die Fächer Wirtschaft und Informatik in die Lehrpläne aufzunehmen, setzt voraus, dass genügend Lehrerstellen vorhanden und besetzt sind. Die Schaffung von Lehrerstellen ist unter rot-grün nicht das entscheidende Problem gewesen. Vielmehr ist nicht genügend Personal für die

„Wenn die künftige schwarz-gelbe NRW-Regierung wegen ihrer vielen im Koalitionsvertrag angekündigten Vorhaben rote Zahlen schreibt, dann liegt das nicht an uns. Wir haben einen geordneten Haushalt übergeben.“

Norbert Walter-Borjans in der WZ 22.06.2017

tet und besetzt werden sollen. So bedarf es mehr Lehrerstellen für die Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren (G9). Um die Inklusion zu einem Erfolgsprojekt zu machen, müssen auch hier zusätzliche

Stellen vorhanden. Wie sich das allerdings ändern soll, lässt der Koalitionsvertrag unbeantwortet. Ebenso die Finanzierung.

Fortsetzung auf Seite 2

Warum der Begriff der „Kuckucks-Koalition“?

Weil sich die neue Regierungskoalition kuckucksgleich in ein Nest setzt, das andere mühsam errichtet haben, und von dem lebt, was andere herangeschafft haben. Am Ende wird es ebenfalls so passieren, wie im Tierreich: Alle anderen werden aus dem Nest gedrängt!

Die neue Koalition muss jetzt vor allem erst einmal liefern! Und dabei kommt es für die Städte und Gemeinden darauf an, was am Ende dabei rauskommt.

Das lässt sich derzeit schwer sagen. Denn der Koalitionsvertrag enthält wenig Konkretes. Es werden in allen Politikbereichen Versprechungen gemacht, allerdings bleiben diese vage, da die Umsetzungspläne und die Finan-



Übergangsregelung für kommunale Ehrenbeamte verlängert

Die Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Kommunalpolitiker wird weiterhin nicht auf eine vorgezogene Rente angerechnet. Der Bundestag hat heute beschlossen, die Regelung zur Anrechnungsfreiheit nochmals um drei Jahre zu verlängern. Bis 2020 soll eine dauerhafte Lösung gefunden werden.



© grafikplusfoto - Fotolia

„Ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker nehmen als demokratisch legitimierte Organe staatliche Verantwortung wahr. Sie erhalten für ihre Tätigkeiten keine Entlohnung, sondern eine Aufwandsentschädigung. Grundsätzlich ist der zu versteuernde Anteil einer Aufwandsentschädigung wie anderes Einkommen bei einer vorgezogenen Altersrente oder einer Erwerbsminderungsrente anzurechnen. Weil dies in einigen Fällen zu Rentenkürzungen für ehrenamtliche Kommunalpolitiker geführt hätte, wurde die Anrechnung im Rahmen ei-

ner Übergangsregelung bis 2017 ausgesetzt.

Durch das Flexirentengesetz dieses Jahres wurden die Anrechnungsregeln bereits deutlich verbessert. Gerade bei Aufwandsentschädigungen führt es bei Betroffenen oft zu Unverständnis, wenn ihre Rente gekürzt würde. Andererseits stellt sich das Problem der Gleichbehandlung mit hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern und Aufwandsentschädigungen in anderen Bereichen. Um für die komplexen Fragen zur Behandlung verschiedener ehrenamtlicher Tätigkeiten sowie verschiedener sozial- und steuerrechtlicher Regelungen eine gerechte Regelung zu finden, wurde die Übergangsregelung letztmalig bis 2020 verlängert.“

So stärken wir unsere Kommunen

Maßnahmen in der 18. Legislaturperiode

Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine Broschüre veröffentlicht, in der sie darstellt, welche Maßnahmen innerhalb der letzten Legislaturperiode auf den Weg gebracht wurden, um die deutschen Kommunen zu stärken. Bernhard Daldrup, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion, hat diese mit erarbeitet.

Auf 38 Seiten wird verglichen, inwieweit die ursprünglich im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele umgesetzt und so in den Bereichen Sozialausgaben, Investitionsförderung und weiteren Gebieten Entlastungen für die Gemeinden herbeigeführt wurden.

Unter der Überschrift „Gesagt. Getan. Gerecht.“ gibt die Bundestagsfraktion regelmäßig Material heraus, das die bisherigen Erfolge der SPD-Regierungsbeteiligung thematisiert.



Die Broschüre kann hier im PDF-Format abgerufen werden.



Fortsetzung von Seite 1

Keine Wolkenkuckucksheime Wir brauchen eine verlässliche Politik für Städte, Gemeinden und Kreise

Werden sich Änderungen am Gemeindefinanzierungsgesetz ergeben?

CDU und FDP versprechen, dass sie den kommunalen Finanzausgleich rechtssicher, transparent und verlässlich ausgestalten wollen. Um dies zu erreichen, wollen sie die finanziellen Verwerfungen zwischen den Kommunen bei den Schlüsselzuweisungen beseitigen. Des Weiteren soll es zu einer generellen Überprüfung des Gemeindefinanzierungsgesetzes kommen. Ab dem Jahr 2020 sollen die Kommunen wieder mit „echten 23 Prozent“ an den Gemeinschaftssteuern über den jährlichen kommunalen Finanzausgleich beteiligt werden.

Ferner wird der Kommunal-Soli abgeschafft und damit ein solidares Ausgleichsinstrument, das rechtssicher eingeführt war.

Die SGK NRW fordert, dass das Gemeindefinanzierungsgesetz weiterhin eine verlässliche Grundlage bietet. Die Abschaffung des Kommunal-Soli und das daraus resultierende Vorhaben, diesen aus dem Landeshaushalt zu zahlen,



© Dirk Bleicker

verfahren vereinfacht werden sollen. Wie das funktionieren soll, wird allerdings nur sehr vage beantwortet. Zur Beschleunigung sollen Genehmigungsfiktionen eingeführt werden. Durch die Anwendung der einfachsten Praxis des Planungs- und Genehmigungsrechts des Bundes sollen die Verfahren beschleunigt werden.

Dies hört sich zunächst wünschenswert an. Allerdings stellt

„Mehr Lehrer, mehr Polizei, schnellere Baustellen sowie mehr Geld für Kommunen und Kitas. Laut Koalitionsvertrag wollen CDU und FDP in etlichen Bereichen mehr Geld ausgeben. Gleichzeitig verzichten sie etwa mit den angekündigten Freibeträgen bei der Gewerbesteuer auf Einnahmen. CDU und FDP bekennen sich zwar allgemein zur Schuldenbremse, machen aber bislang kaum Angaben zu ihrer Finanzierungsstrategie.“

RP-Online, 27.06.2017

ist unter diesen Umständen immerhin ein Trost. Allerdings bleibt offen, ob und wie interkommunale Solidarität weiterhin gefördert werden soll. Ein Anlocken von Gewerbesteuerzahlern in einem Unterbietungswettbewerb, wie es z.B. die Stadt Monheim seit einiger Zeit praktiziert, muss verhindert werden. Damit würde die Kluft zwischen finanzstarken und -schwachen Kommunen immer tiefer.

Wird es Vereinfachungen im Baurecht geben? Und wenn ja, wie sehen diese aus?

Im Koalitionsvertrag ist die Rede davon, dass Baugenehmigungs-

sich doch die Frage, warum die Genehmigungsverfahren oftmals so lange dauern? Das hängt auch mit Personalmangel und damit einhergehend mit der strukturellen Unterfinanzierung von Städten und Gemeinden zusammen. Zur Lösung dieses Problems müsste hier also angesetzt werden.

An dieser Stelle sei noch erwähnt, dass unter einer CDU/FDP-Regierung die Mieterrechte womöglich wieder aus dem Blick geraten, oder – noch schlimmer – der soziale Wohnungsbau wieder zum Erliegen gebracht werden könnte. Das widerspricht den Vorstellungen der SPD-Kommunen zutiefst.

Dass der Koalitionsvertrag zum Teil bloße Augenwischerei ist, zeigt auch der Umstand, dass CDU und FDP die Bauzeiten auf Autobahnen dadurch verkürzen wollen, dass nunmehr an 6 Tagen in der Woche gearbeitet wird. Nur ist das schon längst der Fall!

CDU und FDP wollen den Kommunen mehr verkaufsoffene Sonntage zur Verfügung stellen. Ist das im Sinne der Städte und Gemeinden in NRW?

Die Koalition möchte den Kommunen 16 verkaufsoffene Sonntage gewähren. Von diesen 16 Tagen werden allenfalls große Städte in NRW Gebrauch machen, nicht aber Klein- und Mittelstädte. Das führt dazu, dass die Großstädte bevorzugt würden, da die Menschen aus den Ballungsrandgebieten dann vermehrt in diese Städte fahren und die Kaufkraft vor Ort abnimmt. Es ist damit zu rechnen, dass die Einzelhändler aus Klein- und Mittelstädten sich gegen dieses Vorhaben in gerechtfertigter Weise auflehnen.

CDU und FDP haben sich in ihren Wahlprogrammen für die vollständige Erstattung der Flüchtlingskosten an die Kommunen ausgesprochen. Dazu soll die vom Bund gezahlte Integrationspauschale vollständig an die Kommunen weitergeleitet werden. Im unterzeichneten Koalitionsvertrag findet sich diese zentrale Forderung nicht mehr wieder. Wie kann das sein?

Dies ist in der Tat äußerst merkwürdig. Wie bereits dargelegt, schienen sich die beiden Regierungsparteien in dem Themenpunkt einig zu sein. Dass dieser Punkt nun keine Aufnahme in den Koalitionsvertrag gefunden hat – damit werden die Wählerinnen und Wähler und die Kommunen an der Nase herumgeführt! Die Städte und Gemeinden sind auf jeden Euro zur Finanzierung der Integrationsleistung vor Ort angewiesen. Die Weiterleitung der Bundes-Integrationspauschale muss deshalb kommen!

Städtepartnerschaften – modern, sympathisch und zukunftsweisend

Von **Thomas Geisel**, Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf

Städtepartnerschaften sind hochmodern, sympathisch und zukunftsweisend. Sie sind kein Relikt aus der Nachkriegszeit von Adenauer und de Gaulle oder aus den Jahrzehnten der deutschen Teilung. Heutzutage muss man sie verstehen als Teil grenzenloser Netzwerke, als Plattform des Bürgerdialogs, als Keimzelle europäischer Werte, als kulturelle und wirtschaftliche Herausforderung angenehmster Art. Denn in Städtepartnerschaften treffen sich nahezu immer Menschen, Vereine und Institutionen, die sich gegenseitig voranbringen wollen.

hauptstadt Düsseldorf vielfältige internationale Beziehungen. Mit Reading, Haifa, Warschau, Moskau, Chemnitz, Chongqing und Palermo hat Düsseldorf heute sieben offizielle Städtepartnerschaften. Hinzu kommen projektbezogene Freundschaftskontakte in Europa, nach Asien und Nordamerika, die sich steigern lassen.

Die älteste Städtepartnerschaft mit dem britischen Reading ist aus einer Hilfsaktion der damaligen britischen Bürgermeisterin Phoebe Cusden für das besetz-



Man muss nicht nur feiern, aber ohne feiern geht es auch nicht. Die Win-win-Situation ergibt sich aus der Behandlung zeitgemäßer gesellschaftlicher Fragen und dem direkten Austausch von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund. Städtepartnerschaften sind viel mehr als Facebook und Twitter.

Wie gut, wenn man sie in Zeiten eines ungesunden Populismus, des Brexits, der Jugendarbeitslosigkeit und der Flüchtlingskrise neu entdeckt. Wie gut, wenn man auf Ebene der Bürger und Stadtspitzen einen Kontrapunkt zu den Kontakten auf den Ebenen der Staatsregierungen und EU-Bürokraten setzen kann. Es gilt, Städtepartnerschaften (wieder) mit mehr Leben zu füllen.

Als weltoffene und dynamische Metropole pflegt die Landes-

te Düsseldorf hervorgegangen. Daraus entwickelte sich ein reger Jugendaustausch, der über all die Jahre von Schülerinnen und Schülern aktiviert blieb und bleibt. Wiederholt bekommen sie in Praktika Einblicke in Unternehmen und Familien in Reading. Im Herbst 2017 wird das 70-jährige Jubiläum unter anderem mit einem einmaligen Musiktheaterprojekt gefeiert. Diese Freundschaft ist eine Brücke, die sich über den Brexit spannt; auch die Wirtschaft setzt weiter Hoffnungen in den großen IT-Standort westlich von London.

In der Partnerschaft mit Moskau stand anfangs humanitäre Unterstützung von Kinderkrankenhäusern durch einen Freundschaftsverein im Fokus. Es folgten zahlreiche politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte. Dabei ist die Messe Düsseldorf eine

festen Größe, die in Moskau ihre umsatzstärkste Auslandsdependance unterhält.

Schul- und Jugendkontakte, Sport und Kultur gehören ins Portfolio der Partnerschaften. So nimmt die U12-Mannschaft der Fortuna Düsseldorf jedes Jahr am Warschauer Fußball-Turnier zur Erinnerung an die nationalsozialistische Besetzung teil. Neben Sport spielt auch die Hochkultur, etwa durch die Düsseldorfer Symphoniker, eine gute Rolle im Austausch mit der dynamischen polnischen Hauptstadt.

Beschlossen im März 2016, auf Grundlage enger Beziehungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern beider Städte, entwickelt sich auch die jüngste Partnerschaft mit Palermo zeitgemäß und engagiert. Gegenseitige Kunstaustellungen, oftmals mit

Bezug zu aktuellen politischen Ereignissen wie etwa der Flüchtlingskrise, ermöglichen nicht nur den künstlerischen, sondern auch den notwendigen gesellschaftlichen Dialog.

In Chemnitz haben vor kurzem Kinder der SingPause, ein Projekt an zahlreichen Düsseldorfer Schulen, mit einem Konzert begeistert. Aus dem Fachaustausch der Jugendämter zur Förderung junger Menschen sind ein Jugendinformationszentrum im israelischen Haifa und ein Familienzentrum in Düsseldorf entstanden. Die Stadtverwaltung nutzt Städtepartnerschaften daher als „Know-how-Partnerschaften“, um einen Mehrwert für beide Städte herbeizuführen.

Großes Potenzial hat der Austausch mit China auf kulturellem wie auf wirtschaftlichem Gebiet. Die chinesische Community am Rhein wächst enorm. Es ist stilprägend, wie Düsseldorf auch als wachsendes Zentrum der Kommunikationstechnologie gegenüber den chinesischen Partnern auftritt. Insofern sind internationale Städtepartnerschaften weit mehr als Folklore und auch in der gesamteuropäischen Perspektive wichtig und weitblickend.

Nicht zuletzt deswegen entwickeln wir auch langjährige Freundschaften und Kooperationen mit der sechs Millionen

Menschen umfassenden Präfektur Chiba nahe der japanischen Hauptstadt Tokio. Gleiches gilt für unser jüngstes Projekt mit der kanadischen Metropole Montreal: Urbane Herausforderungen in wachsenden Großstädten sind ein lokales als auch globales Thema. Wir wollen nachhaltig dazu beitragen, die Zukunft zu gestalten. „Best practice“-Erfahrungsaustausch sowie in der Mobilität als auch im Marketing, in der Wissenschaft und im Umweltschutz dienen unseren Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar, und daran müssen wir gemeinsam arbeiten, über alle Grenzen hinweg.

Städtepartnerschaften sind ein Stück Geschichte und ein noch größeres Stück Zukunft. Sie schaffen eine Kultur des Dialogs, in dem wir die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Europa und der Welt direkt spüren. Das Aushalten von Differenzen und der Umgang damit sind wesentlicher Bestandteile für den Fortbestand der europäischen Wertegemeinschaft. Wir brauchen dazu die Jugend und die Wirtschaft, die Verwaltung und die Kultur.

Städtepartnerschaften sollten deshalb wieder Kult werden. Ein Netzwerk von Städten und Regionen, die sich partnerschaftlich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen, ist imstande, Großes zu leisten.

Wirtschaft und Kultur, Bildung und Sport sowie Bürgerbegegnungen sind wesentliche Elemente der internationalen Zusammenarbeit, die durch die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Vereine und Institutionen mit Leben gefüllt werden.



Infos über die Städtepartnerschaften und -freundschaften der Stadt Düsseldorf.

Aussöhnung durch Partnerschaft

Städtepartnerschaften auf gutem Weg

Von **Wolfram Kuschke**, Minister a. D.

In den letzten Jahren konnte bei oberflächlicher Betrachtung leicht der Eindruck entstehen, dass Städtepartnerschaften in die Jahre gekommen und eine Angelegenheit älterer Honoratioren sind.

Dieses Urteil wird aber weder der Bedeutung von Städtepartnerschaften in der Vergangenheit noch der Beurteilung der Perspektiven gerecht.

Nach dem Ende von Faschismus und Krieg haben die Städtepartnerschaften einen unverzichtbaren, lebendigen und zutiefst menschlichen Beitrag zu Aussöhnung, Verständigung und Frieden geleistet. Auch die Zahlen sind beeindruckend: Über 800 Partnerschaften mit Städten in Frankreich, Großbritannien, Polen, den Niederlanden, Belgien – um nur die Spitzenreiter zu nennen.

Neue Herausforderungen und Formen

Und sie sind kein Relikt der Nachkriegszeit, sondern haben Zukunft!

Kai Pfundheller spricht sogar von Städtepartnerschaften als „alternative Außenpolitik der Kommunen“.

Zunehmend machen die Städte mit Themen wie Kultur, Klima, u.ä. – so am Beispiel von Twin Cities

zu sehen – konkrete Projekte zum Gegenstand der Partnerschaft.

Mit etwas Verspätung werden nun auch türkische Städte in das Partnerschaftsgeflecht einbezogen und so in konsequenter Weiterentwicklung die Bereiche Integration und Migration als Inhalte entdeckt.

Damit gelingt es auch – Schritt für Schritt – die jüngere Generation für die Partnerschaftsarbeit zu interessieren.

Strategische Orientierung

Die Entwicklung vom quasi naturwüchsigen Inhalt der Partnerschaftsarbeit unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg zu themen- und projektorientierter Herangehensweise erfordert nun vermehrt strategische Orientierung.

In der Vergangenheit haben die SGK NRW (s. Städtepartnerschaften



ten. Eine Handreichung für Praktiker, Bd. 32 der SGK-Schriftenreihe), die kommunalen Spitzenverbände und der RGRG wertvolle Beiträge zur Information und Vernetzung geleistet.

Der Europaminister, das Europa-Zentrum und die Auslandsgesellschaft Deutschland e.V. haben mit der Handreichung „Städtepartnerschaften. Entwickeln. Leben. Ausbauen. Finanzieren“ praxisorientierte Hilfestellung angeboten.

Der Wettbewerb „Europa bei uns zuhause“ hat mit seinen bisherigen Durchläufen fast siebzig nordrhein-westfälische Kommu-

nen zur Abgabe spannender Projekt-Beiträge zum Thema Städtepartnerschaften motiviert.

Rückgrat einer europäischen Bürger- und Zivilgesellschaft

Wenn die verstärkt zu hörende Aussage, Städtepartnerschaften seien das „Rückgrat einer europäischen Bürger- und Zivilgesellschaft“, auch handlungsorientiert wird, muss aber noch mehr geschehen:

Artikel 4 Abs. 2 des EU-Vertrages verpflichtet die EU zur Ach-

tung der kommunalen Selbstverwaltung.

Darauf verweist die Europa-Union Deutschland in ihrem „Europa mit den Kommunen“ auf dem diesjährigen Bundeskongress. Sie fordert die EU-Organe und die Mitgliedsstaaten auf, schnellstmöglich die Mittel für die EU-Programme für Städtepartnerschaften deutlich aufzustocken.

Dem kann nur beigepflichtet werden. Vielleicht ist es auch an der Zeit, unter Mitwirkung aller Akteure, in Nordrhein-Westfalen ein Kompetenzzentrum „Städtepartnerschaften“ auf den Weg zu bringen!



In Nordrhein-Westfalen haben wahrscheinlich 25 Prozent der hier lebenden Bevölkerung Migrationserfahrung. So war es naheliegend, diesen Sachverhalt auch in Städtepartnerschaften einzubringen: so haben Castrop-Rauxel (Griechenland, Türkei) und Versmold (Spanien) gezielt Partnerschaften mit den Herkunftsorten der eigenen Migrationsbevölkerung auf den Weg gebracht, in Castrop-Rauxel sogar als Dreieckspartnerschaft. Die positiven Effekte zeigen sich dabei auf zwei Ebenen: zum einen erfolgt eine Aufwertung der Migrationsbevölkerung in der Zivilgesell-

Migration und Integration



schaft, zum anderen ergibt sich eine größere Bandbreite und möglicherweise auch Intensität bei den partnerschaftlichen Beziehungen. Städtepartnerschaften leisten somit einen Beitrag zur Integration durch Teilhabe und zur praktischen Solidarität unter Städtepartnern, beispiels-

weise mit Städten, in denen Hotspots oder Aufnahmelager existieren. Das vom Kompetenzteam Städtepartnerschaften der Auslandsgesellschaft Deutschland mit Förderung des Integrationsministerium durchgeführte Projekt „Migration und Integration als Thema von

Städtepartnerschaften“ will eine Bestandsaufnahme solcher Initiativen durchführen und durch Benennung von Praxisbeispielen, Handreichungen und eine Fachkonferenz Möglichkeiten der Übertragbarkeit und Vernetzung der Akteure erreichen.

SGK-Schriftenreihe Band 32

Städtepartnerschaften Eine Handreichung für Praktiker

In unserer globalisierten Gesellschaft gewinnen international vernetzte Kommunen als Knotenpunkte von Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur, Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft zunehmend an Bedeutung. Das ist ein neuer und wichtiger Akzent für die Gründung und Pflege von Städtepartnerschaften. Die Kommunen stehen länderübergreifend vor ähnlichen Herausforderungen. Städtepartnerschaften zeigen unterschiedlicher Erfahrungen und Lösungen im Umgang mit den Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft und haben deshalb auch heute ihre Berechtigung und eine wichtige Aufgabe.

BUCHTIPP



Neuer Schwung für alte Freunde

Best Practice: Die Städtepartnerschaft zwischen Krefeld und Venlo



Die Freundschaft zwischen Krefeld und Venlo hat starke Wurzeln. Schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg waren es die Niederländer, die ihrer Nachbarstadt jenseits der Grenze die Hand reichten. Obwohl die Deutschen so viel Leid über Europa gebracht hatten, wagten Krefeld und Venlo gemeinsam den Neuanfang. Den Grundgedanken dieser Annäherung brachte der damalige Bürgermeister von Venlo, Leonard de Gou, auf den Punkt: „Das neue Europa kann nicht von oben befohlen werden, sondern es muss von unten wachsen.“

Am 21. November 1964 wurde die Städtepartnerschaft zwischen Krefeld und Venlo offiziell besiegelt. Keine 20 Jahre nach Kriegsende empfanden die Menschen diesen sichtbaren Friedensschluss als kleine Sensation. Mit gemeinsamen Veranstaltungen und bürgerschaftlichen Initiativen wurde die Partnerschaft zum Leben erweckt.

Heute erscheint sie den Beteiligten beinahe selbstverständlich. Das hat geographische wie auch historische Gründe. So pflegten die Krefelder Mennoniten bereits im 17. Jahrhundert enge Kontakte zu ihren Glaubensbrüdern und -schwestern jenseits der Grenze. Wirtschaftliche, politische und persönliche Bezie-

hungen lassen sich über die Jahrhunderte stetig nachweisen.

Heute sind es mit dem Auto gerade einmal 40 Minuten von In-

Sprachen sprechen – was der Freundschaft aber keinerlei Abbruch tut“. So hat es Krefelds Oberbürgermeister Frank Meyer in einer Ansprache formuliert,



nenstadt zu Innenstadt – kaum länger als von Krefeld nach Duisburg oder Düsseldorf. Somit sind Krefeld und Venlo „wie Nachbarn, die sich ständig sehen, die gerne miteinander plaudern und gelegentlich feiern, die bloß zufällig unterschiedliche Nationalitäten haben und verschiedene

als er Anfang 2016 beim Venloer Neujahrsempfang zu Gast war.

Bezogen auf die beiden Städte sind das keine Sonntagsreden. Tatsächlich hat sich die Partnerschaft in den vergangenen Jahren nochmals intensiviert. So gab es im Jahr 2014 zur 50-Jahr-Feier



neben den offiziellen Zeremonien auch viele Begegnungen auf bürgerschaftlicher und kultureller Ebene.

Um die Zusammenarbeit zu intensivieren und mehr gemeinsame Projekte ins Leben zu rufen, haben Krefeld und Venlo ihre Partnerschaft am 29. April 2016 auf ganz neue Füße gestellt. Ein gemeinsamer deutsch-niederländischer Ratsausschuss tritt nun vierteljährlich zusammen, wechselweise in Venlo und in Krefeld. Dort tauschen sich die gewählten Vertreter über aktuelle Themen aus und bringen gemeinsame Aktivitäten ins Rollen. Schon jetzt ist ei-

ne freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen deutschen und niederländischen Ratspolitikern entstanden und einige konkrete Projekte wurden auf den Weg gebracht – von Veranstaltungen und gegenseitigen Besuchen bis hin zu konkreten Vorhaben in den Bereichen Bauen und Verkehr.

Die Freundschaft zwischen Krefeld und Venlo ist ein Beispiel für eine starke, gewachsene Partnerschaft. In den vergangenen Jahren bekommt diese Zusammenarbeit viele zusätzliche Impulse und erlebt dadurch einen neuen Aufschwung. Aus den starken Wurzeln wächst eine neue, noch engere Freundschaft.

Lebendiges Band deutsch-griechischer Freundschaft

Von **Martina Gurcke**, Mitarbeiterin der Stadt Detmold, Team Europa – Internationale Zusammenarbeit



Es sind die gemeinsamen Werte, die Griechenland und Deutschland untrennbar verbinden. Für Rainer Heller, Bürgermeister der Stadt Detmold, haben die Kontakte mit den Partnerstädten einen hohen Stellenwert. „Wir schauen über unseren Tellerand, können viel von- und miteinander lernen, diskutieren auf vergleichbaren Verwaltungsebenen und tauschen uns auf Augenhöhe aus“, schätzt Rainer Heller seine internationalen Kon-

takte. Besonders mit Oraiokastro in Griechenland versucht man gemeinsam die Infrastruktur zu verbessern, den Horizont zu erweitern. Verwaltungsaustausche ermöglichen Einblicke in das jeweilige System. In Netzwerkprojekten treffen sich internationale Fachleute, um Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu bringen, um über das Einbringen der Bürger in städtische Entscheidungen zu beraten und Tourismus zu fördern. Man tauscht sich aus über



Arbeitnehmer/-rechte, Energie, Abfall und Klima.

Aus einer Städtefreundschaft von 2006 wurde 2013 eine Partnerschaft; nun entsteht bereits die dritte Schulpartnerschaft. „Das Interesse der Jugendlichen ist auf beiden Seiten sehr groß, die Kulturen, Land und Leute kennenzulernen und internationale Kontakte aufzubauen“, so Rainer Heller. Die Aufarbeitung der gemeinsamen Geschichte und weitere Kulturprojekte stehen auf dem Plan. Europäische Themen werden in internationalen Jugendbegegnungen aufbereitet. Auch Umwelt und Wissen kommen nicht zu kurz. Die Jugendlichen erleben Mobilität, entwickeln Sprachverständnis und

ein europäisches Bewusstsein. So entsteht ein Netz der Freundschaft über ganz Europa. Viele junge Griechen nutzen die Möglichkeit, in Detmold ein Praktikum zu absolvieren oder einen Europäischen Freiwilligendienst. Im nächsten Jahr ist mit der Arbeitsagentur ein Tandemprojekt für Jugendliche geplant, um gemeinsam Pflegeberufe kennenzulernen. Junge Erwachsene, die aktiv im Bereich Flüchtlingshilfe arbeiten, haben sich gerade in der griechischen Partnerstadt umfassend über die dortige Situation informiert, wollten ihre Übersetzungshilfe für Asylanträge anbieten – aber Griechenland ist hier schon viel weiter. Heller zeigt sich beeindruckt, wie man

in Griechenland mit der Herausforderung umgeht: „Ich bin fasziniert, wie tief die Griechen den demokratischen Gedanken in ihren Herzen verankert haben.“

Auch bei der Lebenseinstellung lernt man voneinander. So bestehen durchaus unterschiedliche Einstellungen von Planung, Terminierung, Vorbereitung. „Wir nehmen hier beidseitig viel voneinander an, und letztendlich haben alle Planungen prima geklappt“, fügt Heller mit einem Augenzwinkern hinzu. Unterstützt durch den Deutsch-Griechischen Freundeskreis Detmold e.V. sowie das GRDE-Büro Thessaloniki sind viele freundschaftliche Kontakte geschlossen worden. In Detmold feiert man gemeinsam Europatage und veranstaltet einen Europäischen Markt. Auch der griechische Bürgermeister Asterios Gavotsis ist überzeugt: „Hier wird Europa gelebt.“

Öffentlichkeitsarbeit von Ratsfraktionen im Wahlkampf

Die Frage, ob und in welchem Umfang auch Fraktionen neben der Partei Öffentlichkeitsarbeit betreiben dürfen, spielt gerade in Wahlkampfzeiten immer wieder eine große Rolle.

Was darf eine Fraktion überhaupt?



© Onypix - Fotolia

Nach der Gemeindeordnung (GO NRW) wirken die Ratsfraktionen bei der Willensbildung und Entscheidungsfindung in der Vertretung mit. Sie können insoweit ihre Auffassung öffentlich darstellen – §56 Abs. 2 GO NRW. Die Öffentlichkeitsarbeit von Fraktionen ist somit sogar eine gesetzliche Aufgabe.

Da sich die Ratsfraktionen aber zu einem Großteil aus öffentlichen Mitteln finanzieren, ist der Bereich, in dem eine Fraktion Öffentlichkeitsarbeit betreiben darf, beschränkt. Sie dürfen also nicht – im Gegensatz zur Partei – allgemeine Erklärungen und Statements zu allen tagespolitischen Themen abgeben. Die Grenze stellen die den Fraktionen durch die Gemeindeordnung zugewiesenen Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche dar. Erforderlich ist somit stets ein örtlicher Bezug zur Gemeinde. Allgemeine Wahlkampfaußagen sind damit tabu. Dies gilt insbesondere für z.B. bezahlte Anzeigen zu Themen, die keinen kommunalpolitischen Bezug aufweisen, z.B. zum Bundeswehreinsatz in Afghanistan.

Als Abgrenzung von zulässiger Öffentlichkeitsarbeit und unzulässiger Wahlwerbung nennt das

Bundesverfassungsgericht Indizien für eine unzulässige Wahlwerbung. Anhand dieser Indizien lässt sich jedoch nicht immer eine klare Aussage dazu treffen. Es gibt im Einzelfall nicht immer ein klares „ja“ oder „nein“ – sondern vielmehr Bereiche, die eine Grauzone darstellen.

Solche Indizien sind beispielsweise die reklamehafte Aufmachung einer Anzeige, durch die der Informationsgehalt hinter den Werbecharakter zurücktritt. Dies kann etwa durch eine prägnante Hervorhebung in Großbuchstaben, ganz- oder halbseitige Fotos erfolgen. Auch klassische Wahlkampfmittel, wie etwa flächendeckende Flugblattaktionen, Hausverteilungen, Plakatierungen oder die klassischen Give-aways wie Kugelschreiber und Einkaufschips gehören hierher.

Besonderheiten gelten ferner in den letzten sechs Wochen des Wahlkampfes. Hier darf zwar die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion fortgesetzt, aber nicht gezielt gesteigert werden.

Wie immer bei Rechtsfragen kommt es auf den Einzelfall an. Wir beraten Euch gerne ganz konkret.

IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)

Elisabethstraße 16,
40217 Düsseldorf

Tel.: 0211-876747-0,
Fax: 0211-876747-27,

Mail: info@diekommunale.de,
Internet: www.diekommunale.de

Verantwortlich

(auch für Anzeigen):
Bernhard Daldrup, Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:

SGK NRW,
Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

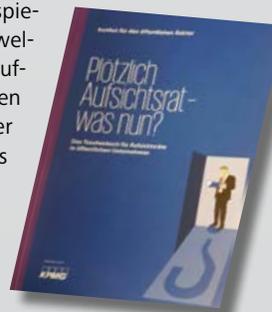
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

PLÖTZLICH AUFSICHTSRAT – WAS NUN? DAS TASCHENBUCH FÜR AUFSICHTSRÄTE IN ÖFFENTLICHEN UNTERNEHMEN

Institut für den öffentlichen Sektor, gefördert durch KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin 2016, 10,00 Euro.

Eine Position im Aufsichtsrat und das Mandat im Gemeinderat haben einiges gemeinsam; es gibt aber auch grundlegende Unterschiede. So ist man als Mitglied im Aufsichtsrat eines Unternehmens dem Wohl des Unternehmens und erst nachrangig dem Willen der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. Im rechtlichen Sinne ist das Handels- bzw. Gesellschaftsrecht und nicht das öffentliche Recht anzuwenden. Diese teils konträren Aufgaben können zu zahlreichen Verständnisfragen führen.

Hier soll diese Publikation ansetzen: Anhand von Beispielen wird aufgezeigt, mit welchen Anforderungen ein Aufsichtsratsmitglied zu rechnen hat, wie das Miteinander innerhalb des Gremiums funktioniert und wie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung ausgestaltet ist.



KOMMUNALE PRESSEARBEIT

Gerd Treffer, Kommunal- und Schulbuchverlag, 2. Auflage, Wiesbaden 2017, ISBN 978-3-8293-1312-4, 220 Seiten, 29,80 Euro

Durch die sozialen Medien hat sich eine neue Dimension der Öffentlichkeitsarbeit aufgetan. Konzentrierte sie sich auf die klassische Pressearbeit mit Pressemitteilungen und Pressegesprächen, so steht heute die Öffentlichkeitsarbeit vor der Herausforderung, die zahlreichen neuen kommunikativen Instrumente des Internets zur effektiven Ansprache der Bürgerinnen und Bürger zu nutzen.

Die vorliegende Darstellung ist ein Ratgeber für all diejenigen, die in der Öffentlichkeitsarbeit auf kommunaler Ebene tätig sind. Dabei werden u.a. die rechtlichen Grundlagen, die Grundsätze der Medienarbeit und die unterschiedlichen Instrumente der Pressearbeit auf anschauliche Art behandelt.



FLUCHT UND MIGRATION: HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR KOMMUNEN

Jürgen Hartwig, Dirk Willem Kroneberg (Hrsg.), Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Hand- und Arbeitsbücher, Band 23, 2016, ISBN 978-3-7841-2940-2, 176 Seiten, 19,80 Euro

Die vorliegende Publikation diskutiert die unterschiedlichen Aspekte von Integration und geht der Frage nach den zahlreichen Aufgaben der Kommunen nach. Anschließend zeigt der Band eine Reihe von praktischen Beispielen auf, wie Integration in verschiedenen Handlungsfeldern und vor Ort gelingen kann. So erörtert sie die Potenziale für den deutschen Arbeitsmarkt, die Regelungen im SGB VIII für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und die

Ausbildungsmaßnahmen für junge Geflüchtete.



BEAMTENSTATUSGESETZ KOMMENTAR

Metzler-Müller, Rieger, Seeck, Zentgraf, Kommunal- und Schulbuchverlag, 4. Auflage, Wiesbaden 2016, 978-3-8293-1282-0, 630 Seiten, 59,00 Euro

Das vorliegende Nachschlagewerk beschäftigt sich ausführlich mit den Statusrechten und –pflichten der Beamtinnen und Beamten der Länder, Gemeinden und anderer Körperschaften des öffentlichen Rechts. Es richtet sich hauptsächlich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kommunen und Landesbehörden, aber auch an Auszubildende und Studierende. Dabei stehen die Bedürfnisse der Kommunalverwaltungen in den Ländern im Vordergrund. Die Beiträge sind verständlich und aufgrund zahlreicher Beispiele anschaulich verfasst.





Mit Sonne, Wind und Kompost ans Ziel

Die SGK-Projektgruppe Energie und Klimaschutz hat unter der Leitung von Manfred Kossack den Bioenergiepark Saerbeck besucht und sich über die vielfältigen Möglichkeiten der Gewinnung und Nutzung regenerativer Energien, sowie dem Ziel „die energieautarke Kommune“ informiert.

Die Gemeinde Saerbeck hat sich das ehrgeizige Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 als Vorreiter der Energiewende energieautark zu werden und mit regenerativen Energien die eigene Energieversorgung sicherzustellen. Seit dem Sieg beim Landeswettbewerb „Aktion Klima plus – Klimakommune der Zukunft“ im Jahr 2009 – darf sie sich europäische Energie- und Klimaschutzkommune nennen.

Ein wichtiger Baustein in diesem Projekt ist die Umwandlung des ehemaligen Waffen- und Munitionshauptdepots der Bundeswehr in Saerbeck zu einem Kompetenzzentrum für erneuerbare Energien, dem heutigen Bioenergiepark. Neben den allgemein bekannteren Formen der regenerativen Energiegewinnung, wie Windkraft, Photovoltaik und Biogas, werden vor Ort auch weniger verbreitete Arten der Energieproduktion getestet und vorgestellt. So hat ein Kompostwerk seinen neuen Standort im Bioenergiepark gefunden,



erforscht in einem Labor neuen Speichertechniken.

Bei ihrem Rundgang erläuterte Dieter Ruhe, Vorstandsmitglied des Fördervereins Klimakommune Saerbeck e.V., der Gruppe diese verschiedenen Techniken und die Chancen und Anwendungsbereiche, die sich für eine Kommune aus der Nutzung ergeben. Inzwischen erzeugen Wind, Son-

ne und Biomasse im Bioenergiepark Saerbeck schon genug Strom für 19 000 Haushalte.

Der Energiepark Saerbeck ist ein gutes Beispiel für die Verknüpfung der verschiedenen Bereiche der Energiegewinnung durch regenerative Energien und verbindet diese perspektivisch mit verschiedenen Speichertechnologien, um Verbrauchsspitzen abzufangen. Dies hat der Projektgruppe gezeigt, dass nicht nur die Gewinnung, sondern auch deren Speicherung und effiziente Nutzung essentielle Bestandteile der Energiewende sind. Die Projektgruppe wird sich deshalb künftig noch stärker mit diesen Aspekten befassen.

Kopf hoch, Brust raus

NRWSPD stellt sich neu auf. Landesparteitag wählt Michael Groschek zum neuen Landesvorsitzenden und Svenja Schulze zur Generalsekretärin.



In seiner Nominierungsrede machte Groschek zuvor klar, dass es nach der Niederlage bei der Landtagswahl viel aufzuarbeiten gilt. So sollen Begriffe wie „Herzkammer und Stammland der Sozialdemokratie“ hinterfragt und ein Neuanfang auf den Weg gebracht werden. Das schwache Ergebnis sei auch Sicht von Groschek vermeidbar gewesen: „Wir haben die Karre selbst vor die Wand gefahren. Weil wir uns zu sicher waren und nicht geglaubt haben, dass Laschet Kraft schlagen kann.“

Deshalb müsse man nun schnell aus Fehlern lernen und die SPD-

Politik wieder näher zu den Menschen und deren Alltag bringen. Steuergerechtigkeit bleibt ein Markenkern der NRWSPD. Die Rente muss als Anerkennung für Lebensleistung erkennbar sein. Der Sozialstaat ist kein altes Eisen und die Sozialdemokratie muss genau hinschauen, wie sich Globalisierung und digitaler Kapitalismus entwickeln. Mit zunehmender kultureller Verwahrlosung darf sich nicht abgefunden werden.

Ebenfalls mehr Nähe zu den Menschen, aber auch mehr ehrliche und offene Diskussionen innerhalb der Partei, forderte die neue Generalsekretärin Svenja Schulze. Sie möchte die Generalinventur der Partei mitorganisieren und zeigen, was sich in der SPD verändern muss. Schon beim anstehenden Bundestagswahlkampf will man es besser machen und mithelfen, dass Martin Schulz neuer Bundeskanzler wird.

Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit

SPD beschließt Regierungsprogramm für die Bundestagswahl in Dortmund



Mehr als 6000 Delegierte und Gäste haben den außerordentlichen Bundesparteitag in den Westfalenhallen in Dortmund besucht. Dort stellte Kanzlerkandidat Martin Schulz in einer leidenschaftlichen Rede die Ziele sozialdemokratischer Regierungspolitik mit ihm als Kanzler vor. Unter anderem sollen 80 Prozent der Menschen von Steuern und Abgaben entlastet werden. Das Rentenniveau soll nicht weiter absinken – und das Rententaler nicht steigen. Ebenfalls betonte er die Bedeutung eines einigen und starken Europas.

Schulz übte in seiner Rede scharfe Kritik an der Union und ihrer demokratieverachtenden Wahlkampfaktik – aus Kalkül die Auseinandersetzung mit der SPD bei wichtigen politischen Themen wie Rente und Steuern zu vermeiden. Die SPD kontert mit einer politischen Vision für die Zukunft Deutschlands.

Altkanzler Gerhard Schröder hatte zuvor die Anwesenden motiviert, einen engagieren und kämpferischen Wahlkampf zu machen, da der Ausgang der Bundestagswahl noch völlig offen sei.

SGK-Neuerscheinungen

JETZT VORBESTELLEN
info@sgk-nrw.de

GEMEINDEORDNUNG FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN TEXTAUSGABE 2017

Die Gemeindeordnung ist eine wichtige Arbeits- und Orientierungshilfe im Umgang mit den rechtlichen Rahmenbedingungen kommunaler Selbstverwaltung und gleichsam das Handwerkszeug einer jeden Kommunalpolitikerin und eines jeden Kommunalpolitikers. Wie jedes Handwerkszeug muss sie griffbereit sein. Darum erscheint die SGK-Textausgabe der Gemeindeordnung auch in der 5. Auflage wieder in dem gewohnten handlichen Taschenformat.

Die 5. Textausgabe zur Gemeindeordnung stellt die aktuellen Änderungen der GO NRW durch das Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung dar. Das Gesetz wurde am 15. November 2016 mit einer breiten Mehrheit von SPD, Grünen und CDU verabschiedet.

SGK-Schriftenreihe Band 38

ISBN: 978-3-937541-32-7
Seitenzahl: 183
Buchhandelspreis: 6,00 Euro
Mitgliedersonderpreis: 5,00 EUR
Fraktionssonderpreis ab 10 Stück: 4,00 EUR

DAS MEDIENHANDBUCH EIN PRAXISLEITFADEN FÜR KOMMUNALPOLITIKER

Das Medienhandbuch erscheint als Band 39 der SGK-Schriftenreihe. Es soll eine praktische Hilfestellung für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sein, um sich über alle Arbeits- und Wirkungsbereiche moderner politischer PR-Maßnahmen zu informieren und diese im politischen Alltag richtig einzusetzen. Egal ob klassische Printmedien, Hörfunk, Fernsehen oder Social Media, Blogs und Internetportale, dieses Buch gibt alltagstaugliche Informationen, Tipps und Hilfestellungen für den proaktiven Umgang mit allen Medien.



SGK-Schriftenreihe Band 39

ISBN: 978-3-937541-33-4
Seitenzahl: 103
Buchhandelspreis: 10,00 Euro
Mitgliedersonderpreis: 8,00 EUR
Fraktionssonderpreis ab 10 Stück: 7,00 EUR

Junge Kommunalpolitik / NRW

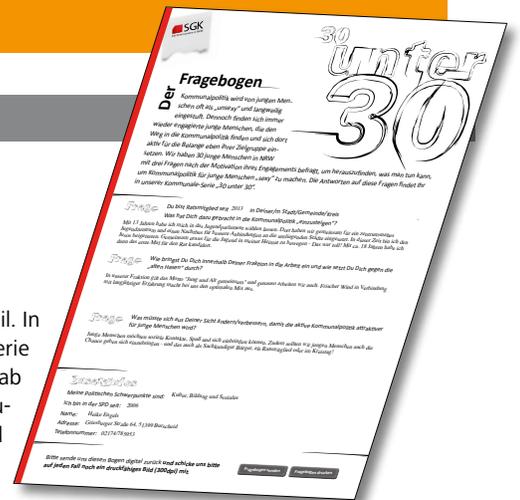
30 unter 30 Kommunalpolitik ist jung!

Seit mehreren Jahren unterstützen SGK NRW, NRWSPD und Jusos NRW gemeinsam die Qualifikation von jungen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern über das „Forum junge Kommunalpolitik“. Bildungsan-

gebote, Vernetzung und der Erfahrungsaustausch zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen stehen im Mittelpunkt der regelmäßigen Veranstaltungen. Unter dem Titel **Fit, Jung, Kreativ!** startet das Forum mit einer Ver-

anstaltung nach der Bundestagswahl in die Qualifizierungsphase für ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie Interessierte zur Kommunalwahl 2020. Weitere Informationen erhaltet Ihr rechtzeitig

über die Kommunal-Mail. In der KOMMUNALEN Serie 30 unter 30 stellen wir ab jetzt engagierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus ganz NRW vor.



Heike Engels, Ratsmitglied in Burscheid

Was hat Dich dazu gebracht in die Kommunalpolitik „einzusteigen“?

Mit 13 Jahren habe ich mich in das Jugendparlament wählen lassen. Dort haben wir uns gemeinsam für ein zentrumsnahes Jugendzentrum und einen Nachtbus für bessere Anbindungen an die umliegenden Städte eingesetzt. In dieser Zeit bin ich den Jusos beigetreten, um gemeinsam etwas für die Jugend in meiner Heimat zu bewegen - Das war toll! Mit ca. 18 Jahren habe ich dann das erste Mal für den Rat kandidiert.

Wie bringst Du Dich innerhalb Deiner Fraktion in die Arbeit ein, und wie setzt Du Dich gegen die „alten Hasen“ durch?

In unserer Fraktion gilt das Motto "Jung und Alt gemeinsam" und genauso arbeiten wir auch. Frischer Wind in Verbindung mit langjähriger Erfahrung machen bei uns den optimalen Mix aus.

Was müsste sich aus Deiner Sicht ändern/verbessern, damit die aktive Kommunalpolitik attraktiver für junge Menschen wird?

Junge Menschen möchten soziale Kontakte, Spaß und sich einbringen können. Diese Möglichkeit sollten wir jungen Menschen auch bieten. Kommunalpolitik macht Spaß, egal ob als Sachkundiger Bürger, als Ratsmitglied oder im Kreistag!

Heikes politische Schwerpunkte sind Kultur, Bildung und Soziales. Sie ist seit 2013 im Rat der Stadt Burscheid und seit 2006 in der SPD.



Heinrich Thiel, Ratsmitglied in Neuss.

Was hat Dich dazu gebracht in die Kommunalpolitik „einzusteigen“?

Als ehemaliger Gesamtschüler weiß ich, was ich meiner Schule zu verdanken habe. Die SPD hat jahrelang für eine solche Schulform gekämpft und es im konservativen Neuss, gegen den Widerstand der CDU, gemeinsam mit den Eltern durchgesetzt. Dennoch gab es lange Zeit nur eine Gesamtschule in der Stadt. Ich hatte eine Chance, die vielen in Neuss erst einmal verwehrt blieb. Daher habe ich mich als Schüler mit meinem besten Freund zusammen getan und wir sind der SPD beigetreten. Wir wollten mithelfen, eine neue Mehrheit in der Stadt zu schaffen. – Da geht noch was.

Wie bringst Du Dich innerhalb Deiner Fraktion in die Arbeit ein, und wie setzt Du Dich gegen die „alten Hasen“ durch?

Bei uns in der Fraktion herrscht Aufbruchsstimmung. Neue Ideen werden gefördert, Jung und Alt unterstützen sich. Tatendrang und Erfahrung gehen Hand in Hand. Diese beiden Eigenschaften schließen sich nicht aus, sondern sind die Grundlage unserer Erfolge!

Was müsste sich aus Deiner Sicht ändern/verbessern, damit die aktive Kommunalpolitik attraktiver für junge Menschen wird?

Letztlich zählt, was jeder selbst daraus machen möchte. Ich sage: Einfach vor Ort einbringen und offen auf Menschen zu gehen, dann kommt der Rest von allein.

Heinrichs politische Schwerpunkte sind Sozial-, Wirtschafts-, und Finanzpolitik. Er ist seit 2014 im Rat der Stadt Neuss und seit 2004 Mitglied der SPD.

Kommunaler Gemischtwarenladen NRW-Kabinett stößt auf geteiltes Echo



Die von Armin Laschet bestellte Ministerriege von CDU und FDP stößt auf geteiltes Echo in NRW. So ist vor allem der Zuschnitt des neuen Kommunalministeriums sehr verwunderlich. Der Fachbereich Kommunales war bisher im Ministerium für Inneres und Kommunales gut verankert und wird nun, ohne Not und sachlichen

Grund, in ein neues Ministerium für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung überführt.

Dieser neue Zuschnitt gleicht einem Gemischtwarenladen und scheint eher parteitaktischen als sachlichen Erwägungen zu folgen. Insbesondere eine Antwort auf die Frage, welche spezifischen

Schnittmengen sich zwischen Gleichstellung, Bauen und Kommunen ergeben sollen, ist bisher nicht klar. Diese Entscheidung scheint offensichtlich der Tatsache geschuldet, dass die neue Ministerin, Ina Scharrenbach, zugleich Vorsitzende der CDU-Frauen Union in NRW ist. Nun heißt es gespannt sein, wie die künf-

tige Zusammenarbeit mit der neuen Ministerin ausgestaltet wird, da diese bislang weder in den Fachbereichen Bauen noch Kommunen sonderlich in Erscheinung getreten ist.

Positiv zu sehen ist, dass CDU-Ministerpräsident Laschet mit dem Resort „Heimat“ im Kommunalministerium an die Tradition von NRW-Bauminister Michael Groschek anknüpft. Den Quartiersgedanken der „Heimat vor der Haustüre“ hat kein anderer so geprägt wie Ex-Bauminister Groschek.

Kritisch wird die Berufung von Stephan Holthoff-Pförtner in das Kabinett gesehen. Holthoff-Pförtner wird Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien. Holthoff-Pförtner ist jedoch zugleich Mitgesellschafter der Essener Funke-Mediengruppe, dem drittgrößten Zeitungsverlag Deutschlands. Stellt sich die Frage, wie ein solcher Interessenskonflikt in der Arbeit funktionieren soll, weil es kaum möglich sein wird, die Zuständigkeiten als Minister und als Miteigner auseinander zu halten.